Einführung des Achtstundentages seien in den letzten Monaten des Jahres immer mehr verstimmt.

Die Betriebsräte finden sich erst allmählich in ihre Aufgabe. Sie wendeten zunächst hauptsächlich in manchen Bezirken ausschließlich Lohn- und Tariffragen ihr Interesse zu, weil sie dabei natürlich nicht alle Wünsche erfüllen konnten, ertreten sie in Schwaben bei ihren Wählern Weisheiten. In München, Oberbayern-Land, Nürnberg-Fürth und Mittelfranken befehligen die Betriebsräte Interesse für die Gwerbeaufsicht; sie begleiteten den Inspektor bei Besichtigungen und wirkten dabei wertvoll mit. Im großen ganzen aber legten die Betriebsräte für den Arbeiterschutz wenig oder gar kein Interesse an den Tag, in Oberfranken lehnten sie teilweise ausdrücklich jede Mitwirkung ab. (1) In der Pfalz haben sie den Arbeiterschutz nicht gefördert. In Unterfranken sind sie sich ihrer Aufgaben und Befugnisse noch nicht recht bewußt. Am besten hatten in Nürnberg-Fürth und Mittelfranken die Betriebsräte ihre Aufgabe an, der Inspektor rühmt, daß die Aufsichtsberechtigten in freier und ungezwungener Aussprache, wie es früher nicht der Fall war, selbst oft im Beisein des Arbeitgebers erfahren, wo die Arbeiter der Schuld drückt. Viele Mißstände konnten dadurch rasch beseitigt werden. Allen Betriebsführern wendeten die Betriebsräte ihre Aufmerksamkeit zu. Nützlich habe die Mitwirkung von Arbeiterinnen in den Betriebsräten sich erwiesen, den Angelegenheiten der weiblichen Arbeiterkraft sei dies vordienlich. Wechselt der Bericht für Mittelfranken: Die Betriebsräte nehmen die Anwesenheit der Beamten in den Betrieben eifrig zum Anlaß, Anträge und Anliegen vorzubringen; sie äußerten sich auf Befragen so freimütig und verständlich über Arbeiterangelegenheiten aller Art — in förderlichem Gegenfatz zu der früher so oft geübten teils vorsichtigen, teils ängstlichen Zurückhaltung.

Es ist interessant, daß in Nürnberg-Fürth und Mittelfranken die Betriebsräte ihre Aufgabe viel besser ertücht haben als in München und Oberfranken. München und Oberfranken sind die Bezirke der Räte schwärmer, in Nürnberg-Fürth und Mittelfranken wird weniger über Räte geredet und besser gehandelt. Allerdings sind auch die Nürnberger noch nicht zur Betriebskontrolle und dergleichen gelangt, aber durch solche Arbeit schulen sie sich dafür und werden eher dahin kommen, als die Münchener und Hofer großen Sprüchmacher.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß der Achtstundentag und die Betriebsräteinterrichtung, die in Bayern bereits in den Anfängen der Revolution geschah, Experimente waren; noch ist bei weitem nicht voller Erfolg erzielt, aber man darf zuversichtlich der Entwicklung vertrauen.

Kein Streik in Mitteldeutschland!

Halle (Saale), 25. Juli. Die Konferenz der Braunkohlenbergwerke Mitteldeutschlands hat folgenden Beschluß gefaßt:

1. Es tritt sofort ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums zusammen. Diesem Schiedsgericht werden die Forderungen der Bergarbeiter unterbreitet.
2. Nach Fällung des Schiedspruches findet eine weitere Konferenz statt, um über das Ergebnis zu beraten und den Bergarbeitern einen Vorschlag zu unterbreiten.
3. Ueber diesen Beschluß wird dann unter den organisierten Bergarbeitern geheim abgestimmt werden.

Berlin, 26. Juli. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, tritt heute nachmittag in Halle zur Beilegung der Streitigkeiten im mitteldeutschen Braunkohlengruben ein Schiedsgericht zusammen, in dem ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums den Vorsitz führt. Die Aussichten für eine Einigung sind günstig.

Die Griechen in Adrianopel. „Times“ meldet, daß die griechischen Truppen am 25. Juli in Adrianopel eingedrungen sind.

Stehkragenproletarier.

Dokumente zum Kapitel: Student und Arbeiter.

Mein Freund Heinz war der Älteste von den beiden Söhnen eines mittleren Beamten in Berlin. Er war ein ruhiger, fleißiger Mensch. In der Schule hatte er immer zu den Besten gehört. Ostern 1914 hatte er angefangen, Deutsch und Geschichte zu studieren, um einmal Oberlehrer zu werden. Den Krieg hatte er von Anfang an als Kriegsfreiwilliger, später als Dummkopf mitgemacht bis zu Ende. Wieder daheim hatte er noch mancherlei inneren Kämpfen sein Studieren wieder aufgenommen. Sein Bruder war noch bei der Reichswehr geblieben und ist jetzt kampfmannlicher Kolonialist.

Im März war Heinz plötzlich verschwunden und seinen Eltern und seiner Frau hatte er nur mitgeteilt, sie sollten sich nicht ängstigen; er wolle neu anfangen und nach einem halben Jahre würde er sich melden.

Wie waren damals alle äußerst betroffen. Denn mein Freund war wohl manchmal unglücklich geworden auf seiner Bahn, hatte aber nie ernsthaft davon gesprochen, daß er sein Studium aufgeben wolle. Wir glaubten ihn aber alle genug zu kennen, so daß wir uns sagen durften, er könne wohl einen überreifen Schritt getan haben, aber er würde nie im Sumpf versinken. So beschloßen wir, die Sache nicht der Polizei zu übergeben, sondern erst einmal das halbe Jahr abzuwarten.

Nun erhielten wir in den letzten Wochen die Nachricht, daß Heinz zusammen mit anderen auf der Freie Presse tödlich verunglückt sei.

Aus Tagebuchblättern erfahren wir dann, wie allmählich der Gehörke in ihm leiste, ganz neu anzufangen und zwar als Handarbeiter.

Und da wir glaubten, daß von hier ein merkwürdiges Schicksal auf unsere Zeit hieße, erlaubten wir die Eltern die Veröffentlichung dieser Blätter. Ich greife davon nur das heraus, was in den Zusammenhang paßt.

März 1919. Endlich glaubte ich, ich würde ruhig meiner Arbeit nachgehen können und war froh, daß ich mich so weit durchgerungen hätte und jetzt — siehe ich wieder am Anfang. Traufen löst der Strohlampe, daß dabei prägt leere Oberflächlichkeit und Geruchsucht und hier zu Hause habe ich meine Heimat verloren, nach der ich mich im Felde immer so gefühlt habe. Es hat wieder festige Worte zwischen mir und Papa und Mama. Wer Schuld ist, wage ich nicht zu entscheiden: Papas Arbeit ist dahin und Mama ist mit ihren Nerven fertig. Welchen tätigen Ausspannen so not. Aber wer soll es bezahlen? Und da muß Karl nun noch zum

Blutige Zusammenstöße in Mainz.

Mainz, 25. Juli. (Sonab.) Bei Kundgebungen gegen die schwere Lebenshaltung wurden zahlreiche Kaufäden geplündert. Die Polizei machte von der Waffe Gebrauch. Neun Polizisten und sechs Manifestanten wurden verletzt. Dreißig Verhaftungen wurden vorgenommen. Die französischen Truppen stellten die Ordnung wieder her und gestreuten die Menge. Die Gemeindebehörden haben Anordnungen unter Androhung strenger Bestrafung erlassen.

Beseitigung des Chinesentums.

Im „Reichsanzeiger“ ist am 23. Juli das von der Landesversammlung beschlossene Gesetz über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen veröffentlicht worden. Danach werden u. a. aufgegeben, das Recht auf die Prädikate Königlich, Großherzoglich, Durchlaucht und dergl. und auf besondere Ehrungen (Landesräte, Ehrenwachen usw.), ferner das Recht, Titel und Auszeichnungen zu verleihen. Die den Adligen königlicher Titel oder Auszeichnungen zu erteilen genügt ist, das Recht besonderer Vertretung in Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Vertretung von öffentlich-rechtlichen Pflichten, Rechten und Aufgaben, das Recht besonderen Strafschutzes und die Befreiung von Arsen, Verhaftung und sonstigen Beschränkungen der persönlichen Freiheit. Ferner bestimmt das Gesetz, daß die in Preußen befindlichen Hausvermögen bis zum 1. April 1923 von den heimlichen Familien aufzulösen sind.

Unabhängige und Regierungsbildung. Kritik an den Abstinenten.

Am Sonntag, den 18. Juli fand in Buer eine Kreis-Konferenz des Wahlkreises Reddinghausen-Vorke der U. S. P. statt. Der Abgeordnete des Kreises, Josef Ernst, sprach über die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 18. Juli stattgefundene Generalversammlung der U. S. P. des Kreises Reddinghausen-Vorke erklärt: Der Geist des Parteivorstandes in der Frage der Regierungsbildung wird der Sachlage nicht vollkommen gerecht. Wenn auch anerkannt werden muß, daß zurzeit eine Regierungsbildung mit bürgerlichen Parteien unmöglich ist, da dieselbe nur die Fortsetzung der alten arbeitgeberfeindlichen Koalitionregierung bedeutet, so wäre die Bildung einer rein sozialistischen Minorität nicht zu bejahen, um dadurch zu beweisen, daß wir zur praktischen Durchführung unserer sozialistischen Ziele bereit sind. Die scharfe Haltung des Briefes Crispian gibt den Reichssozialisten erwünschte Gelegenheit, die Wählermassen vom Kern der Sache abzulenken. Schon aus rein tatsächlichen Erwägungen heraus hätte die Antwort des Parteivorstandes anders lauten müssen, obgleich durch das Geheimintimular der Reichssozialisten vom 9. Juni erwiesen ist, daß dieselben an eine Zusammenarbeit mit der U. S. P. nicht denken und nur aus rein opportunistischen Gründen die Anfrage an Crispian richteten.“

Die Generalversammlung erwartet, daß in Zukunft bei solchen wichtigen Anlässen die gesamte Reichsorganisation zugezogen und die Entscheidung nicht durch den Parteivorstand getroffen wird.

Die Resolution verdingt nur mühsam die scharfe Mißbilligung, die der Forderung der U. S. P. in der Frage der Regierungsbildung entgegengebracht wird. Auch die untrübe Behauptung, daß wir an eine gemeinsame Regierungsbildung mit der U. S. P. nicht gedacht hätten — die schon durch den in unserer freundschaftlichen Weise gehaltenen Brief des damaligen Reichsanklägers Genossen Müller an Crispian widerlegt wird — schmälert die Schärfe des Vorwurfs nicht ab. Wir glauben, daß diese Resolution nicht die einzige ist, die das Verhalten der U. S. P. verurteilt. Je länger die Regierung des bür-

gerlichen Blocks dauert, um so mehr wird die gesamte Arbeiterchaft Deutschlands einsehen, was sie den unabhängigen Abstinenten zu danken hat.

Rußland zum Frieden bereit.

London, 25. Juli. Einem Radio-Telegramm aus Moskau zufolge wird die polnische Regierung Vertreter, die mit Russen auszuhandeln sind, an den von der russischen Regierung zu bezeichnenden Ort senden. Die russische Regierung wird gleichfalls die Zeit festlegen, zu welcher sich die polnischen Vertreter an diesen Ort begeben sollen.

Das Radio-Telegramm, gezeichnet Tschitcherine, das die Sowjetregierung am 23. Juli an die polnische Regierung richtete, lautet: Die Sowjetregierung Russlands gibt der russischen obersten Hoheitsleitung den Befehl, mit den militärischen Kommandanten sofortige Verhandlungen einzugehen, die zu einem Waffenstillstand, der den endgültigen Frieden zwischen den beiden Ländern vorbereiten, führen können. Die russische Regierung wird die polnische Regierung über Ort und Zeit des Beginns dieser Verhandlungen zwischen den Militärkommandos der beiden Parteien unterrichten.

London, 26. Juli. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ hat die Sowjetregierung der englischen Regierung mitteilen lassen, daß sie geneigt sei, zu Beratungen über den Frieden mit Polen nach London zu kommen, doch verlangt sie vorher, daß sich General Wrangel ergebe, dessen persönliche Sicherheit gewährleistet wird. In der Note erklärt die Sowjetregierung ihre Erhaltung darüber, daß die englische Regierung die Besprechungen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen unterbrochen hat.

Keine Kriegstransporte durch Deutschland.

Die Reichsregierung hat unter dem 25. Juli eine Verordnung erlassen, wonach im Hinblick auf die Neutralität Deutschlands im Kriege zwischen Polen und Sowjetrußland die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen sowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfes verboten wird, soweit diese Gegenstände für die Gebiete eines der beiden Kriegführenden Länder bestimmt sind. Die Reichsregierung hat mit dem Befehl dieses Verbots von einer ihr noch anerkanntem Völkerrecht zulehnen und durch die Bestimmungen des Versailles-Vertrages unberührt gebliebenen Befugnis Gebrauch gemacht. Da durch in jeder Möglichkeit vorgebeugt, daß eine kriegführende Partei von der anderen durch Zufuhren von Waffen usw. durch deutsches Gebiet begünstigt wird.

Der erweiterte Vorstand des Eisenbahnerverbandes, der mehr als eine halbe Million Eisenbahnbeamte und -arbeiter vertritt, hat unter Teilnahme von Vertretern der Eisenbahner des ganzen Reiches in seiner gestrigen Sitzung folgende Entscheidung mit 12 gegen eine Stimme angenommen: Die deutsche Regierung ist für Deutschland die Neutralität gegenüber Polen und Rußland erklärt. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hält diese Politik für die für Deutschland einzig richtige und erklart es für unbedingte Notwendigkeit, jede Verletzung der Neutralität durch Transporte von fremden Truppen oder Kriegsmaterial durch deutsches Gebiet mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Wurzburg a. d. Lein, 26. Juli. Hier trotz gestern nachmittag, wie die „Heftische Landeszeitung“ meldet, aus Gießen kommend, ein polnischer Transportzug ein. Im Zuge befanden sich fremde Offiziere mit Frau und Kind, sowie einige Bogen Gewehre und Munition. Auf dem Würzburger Bahnhof fand sich auf die Kunde von dem Eintreffen des Zuges eine große Menschenmenge ein, die gegen den Weitertransport protestierte. Einige Bogen wurden aufgerissen und die darin befindlichen Gewehre herausgeholt und zerlegt. Der Zug verbleibt bis zum Eintreffen einer Nachricht von der Reichsregierung auf einer Station in der Nähe von Würzburg.

Ueberflutet damit herausplakten, daß er Schulden gemacht hat. Ich will sehen, daß ich zum Sommer herauskomme an einen ruhigen Ort. Ich denke, mit meinen 1200 Mark werde ich's schaffen.

Jena, 12. Juli 1919. Wird alles noch gut? Ich schwimme ja in Glückseligkeit. Dich, Riechle, habe ich geliebt! Jetzt weiß ich ein Ziel, einen Weg, den ich mit meiner Liebe schaffen. Was schabel's, wenn wir noch Jahre warten müssen aufeinander; es muß doch endlich einmal besser werden! Hier in Jena kann ich mich doch einmal, einmal als frischer Student fühlen. Hier ist's eine Zeit zu arbeiten mitten in Sonne und Rosen, und dann die Felerabende bei Dir, Riechle!

Berlin, 20. August 1919. Silberhochzeit ist vorbei; fast war es eine kleine Feier wie im Frieden, nur daß aus dem sonst stillen Heißhusten ein heideldenes Abendstern wurde. Aber das schadet nicht. Der Sommer brauchen hat alle wieder frisch gemacht, und ich sehe die Zukunft im hellsten Licht meines fröhlichen Optimismus. Nur ein Wunsch, daß im Unterbewußtsein: Karl hat gar keine Reize genommen. Er hätte doch wirklich eine Kleinigkeit schenken können; er weiß doch, wie sich Rama darüber freut.

October 1919. Jauchzet, ihr Chören, ich darf bis Weihnachten wieder nach Jena! Das hat Du gemacht, liebe Frau!

Jena, 21. Dezember 1919. Im Winter ist's hier doch recht mild. Wenn ich heizen will, muß ich mir erst Holz zurecht machen, und dann ist es so nah, daß es die ganze Hude verqu沿海. Aber 12 Mark kann ich doch wirklich nicht bezogeln für einen Zentner. Na, und das Eisen ist auf die Dauer doch recht einträglich: Karloffeln mit Arant, Arant mit Karloffeln. Ich frage mich, wenn ich alle 3 Wochen bei meiner Frau um gedehnten Tisch essen kann. Aber immerhin, ich habe es ja sehr billig bei meinen Deuten und für die paar Mark kann ich kaum mehr verlangen. Studieren sollte eigentlich nur der, der finanziell so gestellt ist, daß er von allen kleinen Nebenlozen befreit ist. Sonst ist man ja doch nur Anock auf Westerntisch.

Berlin, Januar 1920. Das Nennen hat bezaubert. Mein Gott, ist das ein Hofen und Drängen hier an der Universität. Aber für mich soll alles ruhen: Wer will ich meinen Weg weiter gehen, zunächst zum Staatskammer, vielleicht reichlich naher aus noch zum Doktor. Wie hoch es mir tut, wenn ich sehe, mit welcher Leidenschaft Rama die 150 Mark Kollegegeld herausgibt. Es ist in sich unerbötlich; jeder Rummel von 20 Jahren verdient mehr als Papa mit seinen 30 Amtsjahren. Und dann fragt er sein Gehalt über die Schulden nur so trübsinnig und wie ein Quadengeheiß. . . . Karl ist nun auch zurück; endlich hat er gefunden, aber ein Ester mehr zu Hause. Und wird er wirklich so viel Energie aufbringen, eine ernsthafte Tätigkeit anzufangen? Was jetzt heißt's nicht so aus.

12. Februar 1920. Ich habe doch recht Freude an meiner Arbeit, und wenn ich Geld genug hätte, wolle ich wohl ein Gelehrter werden; so ge-

Wie ich leider zur Schillerischen Klasse der Dreizehnten . . . Wie kann ich Geld schaffen? Die 30 Mark Teilungsgeld wollen nicht an und nicht her reichen. Privatstunden? Wie oft habe ich's überlegt? Ja, als ich in der Banne war und eben rauskam, war das eine Kleinigkeit, jetzt müßte ich für die Vorbereitung auf den Stoff, wenn ich nur einigermaßen gut bezahlte Stunden übernehmen wolle, so viel Zeit opfern, wie ich an Geld nie einbringen kann. . . . Allmählich kommt mir am Bewußtsein, wie wir wirtschaftlich hochgelassen sind. Jedes Stück Bäckchen und jeden Strumpf muß Mutter tausendmal liden, und wenn wirklich etwas neu angeschafft werden muß, dann gibt es ein paar Tage saure Gesichter. Mit Mutter ist überhaupt kaum noch ein Auskommen — sehr zu verstehen bei ihrer Lebensführung mit Arbeit. Nun hat hier auch die Kuhmarstfrau noch geküßt und die war sehr billig; die neue will die Stunde 250 Mark und Frühstück. Na, woder nehmen und nicht heben? Sollen wir schon unüberleulen, wie in England? Was hat Papa nun von seiner ganzen Lebensarbeit? Nichts, kein'n sicheren Lebensabend, zwei erwachsene Jungen auf dem Kasse. Dazu die enge Wohnung und so viel harte Köpfe. Wir müssen uns ja auseinander helfen. Soll ich fortgehen? Wieder nach 7, auf Kosten meines Schwiegeraters, dort leben, auf Pump? Nein, 1000 mal nein. Lieber Straßenkehrer werden und ehrlich sein Brot verdienen! Doch ich muß nicht immer so bitter leben.

4. März 1920. So geht's nicht weiter. Ueber jede Kleinigkeit kommt's zu Rang und Streit. Und was ist letzten Endes der Grund? Der leidige Geldmangel und ein Recht Kleinbürgertum, der sich um Gotteswillen nicht offen als Kleinbürger bekennen will.

Ich hätte nicht wieder anfangen sollen zu studieren, aber ich war damals nicht ganz genug rein zu sagen. Und bitten um milde Gaben, das frage ich nicht fertig. Nebenbeschäftigung? Wie jere 3 Kommissionen, die nebenbei Kutscherführer sind. Dazu bin ich nicht Krotowenich genug. Auf der Bank schreiben? Nein, dann will ich lieber mein Studium aufgeben. Ich känge mit Leib und Seele an meinen Büchern, und wenn ich etwas mache, will ich's auch machen aber gar nicht.

6. März 1920. Jetzt ist's aus; Göttern hat's gewaltigen Aroch gegeben, weiß Karl immer noch keine Stelle hat. Und heute kommt ein Gläubiger von Papa und präsentiert eine Forderung, von der wir alle nichts wissen, eine Summe, die Papa heimlich aufgeschoben hat, damit wir „Ständeburg“ leben können. Jetzt darf ich den Eltern nicht weiter auf die Tasche liegen. Ich muß neu anfangen. Aber nur Kapitalist werde ich nicht frei von Haus. Das aber muß ich, daß bin ich den Eltern schuldig, daß sie wenigstens nicht mehr für einen erwachsenen kräftigen Menschen zu sorgen brauchen, wie ich es bin. Darum fort! Babin? Wo es Arbeit gibt. Meine 300 Mark auf der Sperrliste müssen mir über's Erbe wegbleiben.

Nun zum Schluß noch einen unvollendeten Brief, den wir bei Heinzens Sachen fanden.